

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Dienstag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Zugangspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturkassen, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und preisgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 110

Sonnabend, 14. Mai

1921

## Polnische Unwahrheiten.

Berlin, 12. Mai. Ein Warschauer Funkpruch „An Alle“ vom 11. Mai 8 Uhr 45 Min. nachmittags verbreitet wiederum handgreifliche Unwahrheiten über angebliche von deutscher Seite verübte Greuelthaten gegen verwundete Polen. Wegen die Verbreitung solcher Verleumdungen durch amtliche polnische Funktionen ist sowohl beim polnischen Gesandten in Berlin, als auch bei den Regierungen in London, Paris und Rom erneut nachdrücklich Verwahrung eingelegt worden.

## Aufhebung der Zollgrenze am Rhein.

Paris, 12. Mai. Nach einer vom „Temps“ veröffentlichten Nachricht aus London soll der Vertreter Englands in der Rheinlandkommission in London angekommen sein, um die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein, sowie die Klärung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu besprechen. Auch soll dahin gewirkt werden, daß die deutsche Regierung den Verbündeten-Geschäftsführern, die sich in den besetzten Städten niedergelassen haben, die von der interalliierten Kommission bewilligten Ausgaben sichert. Die deutsche Regierung werde aufgefordert werden, durch Übergangsmaßnahmen Mäßigkeit von Beträgen und die Ausführungserlaubnis sicherzustellen.

## Französische Truppen nach dem Rheinland.

Paris, 13. Mai. Es werden noch immer Truppen aus Frankreich nach dem Rheinland beordert. So gingen, laut „Petit Parisien“, gestern aus Toulouse die der Jahrestafel 1919 angehörenden 800 Mann des 112. Infanterieregiments nach dem Rheinland ab.

## Französischer Ministerrat.

Paris, 13. Mai. Heute vormittag findet im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand ein Ministerrat statt, der die Maßnahmen bestimmen soll, die nach Annahme des Ultimatus ergriffen werden sollen, um die Anwendung des Abkommens von London durchzuführen. Auch soll der Ministerrat darüber beschließen, ob schon jetzt ein diplomatischer Vertreter zum Balkan entsandt werden soll, bevor das Parlament das Gesetz über die Wiederherstellung der Beziehungen angenommen hat.

## Vertrag zwischen Rumänien und der Tschecho-Slowakei.

Paris, 13. Mai. Die „Petit Parisien“ meldet, daß zwischen der Tschecho-Slowakei und Rumänien ein neuer Vertrag abgeschlossen worden, der eine Klausel enthält, daß die Tschecho-Slowakei verpflichtet ist, aller Munition für Rumänien die Durchfuhr zu gestatten, falls Rumänien von einer anderen Macht als Ungarn angegriffen werde.

## Giollitti Stellung erschüttert?

Lugano, 12. Mai. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ ist nach dem einstimmigen Urteil der parlamentarischen Kreise die Stellung des Kabinetts Giollitti erschüttert. Die Bildung des sozialen Blocks, die von Giollitti angeregt wurde, ist nicht zustande gekommen. Die sozialistisch-nationalistische Bewegung habe das Übergewicht. Die neue Kammer wird deshalb keine Giollittische Mehrheit haben, und das Kabinett Giollitti habe nur noch eine kurze Lebensdauer. In gewissen Kreisen spricht man bereits von Calandra als dem zukünftigen Ministerpräsidenten.

## Beamtenstreik in Rom.

Lugano, 12. Mai. Die festgesetzten Angehörigen der römischen Gemeinde sind einschließlich der Feuerwehre in den Ausstand getreten. Die Regie- und Sanitätsangehörigen erklärten sich mit der Bewegung solidarisch.

## Die Vorbereitung des polnischen Aufstandes.

### Eine Erklärung des deutschen Kommissars.

Berlin, 12. Mai. Unter dieser Überschrift teilt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ folgendes mit: Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek hat in Erwiderung auf das bekannte Schreiben Korjantys an die Staatsmänner der Westmächte durch Vermittlung eines ausländischen Journalisten eine Erklärung erlassen, in der es heißt:

Nach einer offiziellen Mitteilung der am 2. Mai erschienenen „Grenzzeitung“ hat Dr. Korjanty bereits am 30. April, also lange vor dem noch seiner Darstellung spontan und elementar ausgebrochenen Streik und Aufstand, das Abstimmungsgebiet verlassen, um sich zur Richterhaltung nach Warschau zu begeben. In jenen letzten Tagen des April, die Dr. Korjanty nach völliger Unterbrechung seiner Auslandsreise in Weuthen zubrachte, wurde dort der Plan zum dritten oberschlesischen Aufstand bis ins kleinste durchgearbeitet. Das Sonntags-Sonderblatt der „Grenzzeitung“ vom 1. Mai, nachmittags 4 Uhr, dessen wilde Verleumdungen das deutsche Plebiszitkommissariat sofort in zwei Telegrammen an die interalliierte Kommission zurückgewiesen hat, ist nur in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren ausschließlich im Weichbild der Stadt Weuthen verbreitet worden, aber es genügt als Signal für die eingeweihten Unruhsüher. Wenn bereits tags darauf, früh morgens, über das gesamte Industriegebiet verbreitet die polnischen Vergarbeiter die Arbeit einstellen, so ist dies zielbare Vorbereitung. Die starken französischen Militärposten in den Grenzgemeinden westlich der Städte Weuthen, Königshütte und Kattowitz waren unbegreiflicherweise am 30. April zurückgezogen worden.

Über dieses freigelegte Vorgehen strömten vom Montag abend von Polen her Postautomobile mit Waffen und Munition herein. Alle wichtigen Eisenbahnstrecken wurden in der Nacht vom Montag zum Dienstag gesperrt, auch in solchen Gebieten, die zu 98 Proz. deutsch gestimmt haben. Wie lassen, daß der polnische Außenminister durch Verfügung vom 3. Mai die Schließung der oberschlesisch-polnischen Grenze angeordnet habe, eine Komödie, würdig der anderen, die in der Amtsenthebung Korjantys von seinem Posten als Plebiszitkommissar besteht. In Häufen kommen die polnischen Soldaten überall auf schnell gefassten Wägen und improvisierten Fährten über die Grenzflüssen und stoben in geschlossenen Zügen zu den Heeren der Rebellen. Unsere deutschsüchtenden Brüder in den von den Empörern besetzten Landgemeinden werden zu Waffendiensten von den Insurgenten-Banden gepöbelt. Man jagt sie aus ihren Wohnungen, unter dem Namen der Requisitionen nimmt man ihnen ihre Habe weg. Zwar

## Wahlruhen in Italien.

Lugano, 12. Mai. In Bologna wurden die Wahlzettel und Manifeste der Kommunisten durch Faschisten verbrannt. Die Kommunisten drohen mit Gegenmaßnahmen und verlangen die Verschiebung der Wahlen. In Vistola streifen die Arbeiter, weil die Faschisten den kommunistischen Kandidaten aus der Stadt vertrieben haben.

In Forderone (Trient) verhafteten 500 Faschisten die Wohnung des sozialistischen Bürgermeisters, drangen in das Gemeindehaus ein und verbrannten alle Wahlzettel. Im nahen Torre erschieten 100 bewaffnete Arbeiter Barrikaden. Die Faschisten hatten alle Stadteingänge besetzt und lassen die Kommunisten nicht mehr zurückkehren. Von Udine haben die Militärbefehlshaber Panzerautomobile und Maschinengewehre geschickt.

## China gegen eine Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

Paris, 13. Mai. Nach einem Artikelprogramm der „Chicago Tribune“ aus Washington sieht China die Unterstüpfung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten von Amerika und in den britischen Kolonien gegen eine Er-

neuerung des englisch-japanischen Bündnisses. Der in Washington eingetroffene Ratgeber des chinesischen Präsidenten Simpsen erklärte, daß der Vertrag eine moralische Unterstützung Japans bei Angriffen auf China bedeuten würde und daß eine weitere Erneuerung der japanischen Politik wahrscheinlich zu einem Kriege mit den Vereinigten Staaten von Amerika führen würde.

## Gegen Kohleneinfuhr nach England.

Brüssel, 12. Mai. „Independance Belge“ meldet, daß Rasmann, der Sekretär des Hofenarbeiterverbandes von Antwerpen, dem Gewerkschaftsausschusse und dem Eisenbahnerverband mitgeteilt habe, daß die Hofenarbeiter von Antwerpen es ablehnen würden, nach England bestimmte Kohlen zu liefern. Er fordert die belgischen Eisenbahner auf, die Hofenarbeiter zu unterstützen, und es unmöglich zu machen, daß belgische Kohle nach England gelangt.

## Die Beteiligung der sächsischen Gemeinden an der Reichseinkommensteuer.

Von Ministerialdirektor Lorey-Dresden.

(Schluß.)

VII. Die Ansichten, die sich für die Haushalte der Gemeinden und ebenso für den Staatshaushalt zu Beginn des neuen Rechnungsjahres 1921 eröffnen, sind nach den vorliegenden Ausführungen wenig günstig. Statt daß die Überrechnungen reichlicher stiegen, werden sie, mindestens für die nächsten Monate, geringer werden, sodas die große finanzielle Bedrängnis zahlreicher Gemeinden sich noch verschärfen wird. Mit den Mitteln des Kostenausgleichs-Rods wird die ängste Not zwar gemildert und Katastrophen vorbeugt werden können. Immerhin sind die Bedände des Ausgleichs-Rods beschränkt, und auch die Güteleistung des Staats hat bei seiner eigenen ungünstigen Finanzlage ihre Grenzen. Demzufolge würde es nur zu begrüssen sein, wenn das Reich sich bereitfinden würde, den Ländern ihren Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von jezt zwei Dritteln auf etwa drei Viertel zu erhöhen, damit der Ausfall, der durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 23. März 1921 mit Sicherheit zu erwarten ist, wenigstens in etwas ausgeglichen wird. Das Reich hat sich freilich diesem Begehren gegenüber bisher völlig ablehnend verhalten und bei seiner sich dauernd ungünstiger gehaltenen Finanzlage, es für ausgeschlossen erklärt, auf einen weiteren Teil der Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer verzichten zu können. Dagegen hat das Reich grundsätzlich seine Bereitwilligkeit anerkannt, den Gemeinden einen Ertrag dafür zu leisten, daß ihnen durch das Reichsgesetz vom 23. März 1921 die Möglichkeit zur Besteuerung des von der Reichseinkommensteuer freizulassenden Einkommens (des sog. reichsteuerfreien Existenzminimums) genommen worden ist. Über die Höhe der Entschädigung gehen indes zurzeit die Ansichten des Reichsfinanzministeriums einerseits und der Gemeindevertretungen sowie der mit letzteren übereinstimmenden Länderregierungen andererseits noch weit auseinander. Das Reich hat bisher sich lediglich bereit erklärt, den Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer um 5 v. H. zu erhöhen. Die Umsatzsteuer ist im Reichshaushalt mit 5 400 000 000 M. eingestellt. Auf die Gesamtheit der deutschen Gemeinden würde mithin bei einer Erhöhung des Gemeindeanteils um 5 v. H. ein Betrag von 270 000 000 M., auf die sächsischen Gemeinden, wenn man die Bevölkerungszahl maßgebend sein läßt, ein Betrag von etwa 20 000 000 bis 21 000 000 M. entfallen. Dieser Betrag reicht nicht annähernd hin, um den sächsischen Gemeinden den Ausfall zu ersetzen. Hatte doch z. B. die Stadt Dresden allein mit einem Jahresertrag von 12 1/2 Mill. M., die Stadt Leipzig sogar mit einem solchen von 25 000 000 M. aus der Besteuerung des reichseinkommensteuerfreien Mindesteinkommens für das Rechnungsjahr 1920 getrauert. Es wäre sehr zu wünschen, wenn das Reich in dieser Frage noch ein weiteres Entgegenkommen zeigen könnte. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß die Gemeinden mit den ihnen jezt zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Dauer ihre Wirtschaft nicht fortführen können. Bis jezt ist es durch die Bewährung staatlicher Darlehen und durch die Bezahlung der Lehrenzinslöhler vom 1. Oktober 1920 ab vermieden worden, daß sächsische Gemeinden ihre Zahlungen empfindlich einstellen mußten (vorübergehende Zahlungsstörungen sind häufig genug vorgekommen). Aber auch die Leistungsfähigkeit des Staats hat ihre Grenzen, und der Staat selbst ist ja bekanntlich nicht in der Lage, seinen eigenen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben abzugleichen, sondern sieht sich, wie der Finanzminister ausgeführt hat, zu Beginn des neuen Rechnungsjahres einem gewaltigen, bisher noch nie dagewesenen und früher für nicht möglich gehaltenen Fehlbetrag gegenüber. Beim Reiche freilich ist es nicht anders, ja zweifellos noch schlimmer, auch ist ja noch gar nicht abzusehen, welche Rückwirkungen die neuen Londoner Verträge auf die Reichseinkommeneinnahmen ausüben werden. Jedenfalls würde es wohl das Beste sein, was das Reich tun könnte, wenn es die Gemeinden, nachdem es ihnen, wie dem Staate, die Hauptsteuereinnahmen weggenommen hat, ihrem Schicksal überlassen wollte. Die Folgen, die daraus entstehen würden, wären unabweisbar (man denke nur an Einstellung der Zahlungen an die Erwerbstätigen). Hilfe muß also geschaffen werden. Gehen die Gemeinden